UNION DES ENTREPRISES LUXEMBOURGEOISES

UEL, 15. Oktober 2013

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien

Union des Entreprises Luxembourgeoises – UEL
7, rue Alcide de Gasperi Luxembourg-Kirchberg
Boîte postale 3024 L-1030 Luxembourg

Site Web : www.uel.lu
Contact email : uel@uel.lu

INHALTSVERZEICHNIS

Executive summary **4**

1. Gouvernance **5**

2. Finanzen **7**

3. Steuerpolitik **8**

4. Wirtschaft, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit **10**

4.1. Attraktivität 10
4.2. Kostenwettbewerbsfähigkeit 12
4.3. Compétitivité hors-coût 13

5. Bürokratieabbau **15**

6. Wohnungspolitik **17**

7. Arbeit und Ausbildung **19**

7.1. Arbeitsmarkt 19
7.2. Schul-, Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik 22

8. Soziales **24**

8.1. Gesundheitspolitik 24
8.2. Renten 26

9. Vereinbarung von Beruf und Familie **27**

10. Chancengleichheit **28**

11. Corporate Social Responsability **30**

L'UEL en bref **31**

EXECUTIVE SUMMARY

Wie bereits anlässlich 2009, hat der Unternehmerverband UEL die Programme der im Parlament vertretenen Parteien analysiert und mit den eigenen Vorschlägen verglichen, so wie sie im Positionspapier „Les essentiels de la compétitivité“ formuliert und den einzelnen Parteien vorgestellt wurden. Das vorliegende Dokument versteht sich jedoch nicht als Wahlempfehlung, da die Wahlprogramme thematisch weiter gefasst sind und neben Wirtschaft- und Finanzfragen zahlreiche Politikbereiche behandeln. Die Reihenfolge der Darstellung entspricht den Listennummern: DP, Déi Gréng, LSAP und CSV.

Es ist also dem Einzelnen überlassen sich, aufgrund des hier angeführten Vergleiches, seine Meinung zu bilden auch wenn die Positionen der Parteien und die der UEL in den allerwenigsten Fällen zu 100 Prozent deckungsgleich sind. Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass das künftige Regierungsprogramm das Resultat von Koalitionsverhandlungen sein wird und somit als Schnittmenge von verschiedenen Wahlprogrammen respektive als Kompromissdokument zu verstehen ist.

Diese Einschränkung vorausgeschickt, scheint es so, dass die Analysen der UEL gehört und verstanden wurden. In den einzelnen Programmen spiegelt sich durchaus die Erkenntnis wider, dass tiefgreifende strukturelle Reformen nötig sind, um den Immobilismus zu durchbrechen, den das Land in den letzten Jahren auf vielen Ebenen gelähmt hat. Parteiübergreifende Einigkeit herrscht z.B. darüber, dass es zu einer Reform des Staates, zu einer Sanierung der öffentlichen Finanzen, zu einem Abbau des öffentlichen Defizits, zu einer administrativen Vereinfachung, zu einer Entschärfung der Situation auf dem Immobilienmarkt, zu einer besseren Bildungs- und Beschäftigungspolitik, sowie zu mehr Selektivität im Bereich der Sozialtransfers kommen muss. Sie bekennen sich auch dazu, die Lohnnebenkosten nicht zu erhöhen um die luxemburgischen Betriebe nicht weiter zu belasten.

Auch wenn über die Zielsetzungen im Bereich der wirtschaftlichen Revitalisierung des Landes ein genereller Konsens besteht, mangelt es jedoch an allgemein akzeptierten Politiken und Initiativen, wie die gesteckten Ziele sinnvoll zu erreichen wären. So trägt z.B. keiner der Programme den Anliegen der Unternehmen und ihrer Rolle als Beschaffer von wirtschaftlichem und sozialem Wohlstand in genügendem Masse Rechnung. Einige Programme enthalten sogar Vorschläge, die angesichts der wirtschaftlichen Situation die Unternehmen und ihre Entwicklungspotenziale signifikant schwächen würden. Dementsprechend wird die UEL die Entwicklung nach den Wahlen genau beobachten.

Eine allgemeine Bemerkung betrifft die Form der analysierten Wahlprogramme. Während zahlreiche Parteien, genau wie die UEL auch, für einen stärkeren Einbezug ausländischer Mitbürger in den politischen Entscheidungsprozess plädieren, haben zwei der vier Parteien ihr Programm exklusiv in deutscher Sprache veröffentlicht, „Déi Gréng“ haben eine französiche Übersetzung zeitgleich mit der deutschen Fassung herausgegeben und die DP gerade erst 10 Tage vor den Wahlen.

1. GOUVERNANCE

UEL-Vorschlag:
Den Staat reformieren. Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen öffentlichen Verwaltungen fördern. Politische Mandate und Kompetenzen derart gestalten, dass zwischen Zentral- und Lokalgewalten Interessenkonflikte vermieden werden. Gemeindefusionen weiterhin vorantreiben. Prinzip des Gemeindeautonomie beschränken. Wahlrecht für nicht-luxembürgische Mitbürger öffnen. Statuts vom öffentlichen Dienstes mit dem vom privaten Sektor harmonisieren. Nationaler Sozialdialog reformieren.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- Good Governance : **Funktionsweise** der Regierung überarbeiten.
- Politische **Mandate** trennen, wo nötig.
- Aufgaben der **Gemeinden** neu definieren.
- Wahlgesetz überarbeiten und das Wahlrecht ausdehnen (Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr, Wahlpflicht ab dem 18. Lebensjahr, Ausländischen Mitbürgern bei den Europa-und Kommunalwahlen dieselben Rechte zugestehen als den Luxemburgern, Debatte führen über die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die nationalen Wahlen).
- **Sozialdialog** zwischen Unternehmen und Gewerkschaften wieder in Gang bringen.

- **Transparenz und Effizienz** bei den administrativen und politischen Entscheidungsfindungen und eine Kultur der „offenen Regierung“ auf allen Ebenen einführen und den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fördern.
- Politische Verantwortung neu regeln: Verhaltenscodex einführen; Zugehörigkeit der Ministerinnen und Minister zur Regierung auf maximal zwei aufeinanderfolgende Perioden beschränken; Kontrollrechte des Parlamentes über die Exekutive stärken.
- **Doppelmandate** abschaffen und kommunale Mandate aufwerten.
- Öffentlicher **Dienst** modernisieren.
- Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gemeinden verbessern.
- **Wahlrecht:** Bei den Nationalwahlen auch auf nichtluxemburgische Bürger ausdehnen, sofern sie seit mindestens fünf Jahren im Land wohnen; Wahlrecht ab 16 Jahren einführen; Automatische Einschreibung der nicht-luxemburgischen Bürger in die Wählerlisten für die Kommunalwahlen einführen (Mindestresidenzdauer von derzeit 5 auf 3 Jahre heruntersetzen); Allen in Luxemburg lebenden Bürgern der EU das Wahlrecht zu den Europawahlen ohne Residenzklausel zugestehen.
- Gesetz über den **Sozialdialog** reformieren und die Sozialpartner an der Ausarbeitung der Reformvorschläge aktiv beteiligen.

- **Staatsreform** in die Wege leiten.
- Gemeindeautonomie beibehalten.
- Ausweitung des **Wahlrechts** auf zwei Ebenen: progressive Öffnung des aktiven Wahlrechts bei Parlamentswahlen für nicht-luxemburgische Mitbürger, die bereits an Gemeinde- und/oder Europawahlen teilgenommen haben; Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auf freiwilliger Basis unter der Vorgabe, dass politische Bildung auf dem Lehrplan der Unterstufe im Sekundarschulunterricht verankert und politische Partizipation in den Schulen gefördert wird.
- Konstruktives **Dialog** zwischen Sozialpartnern wiederbeleben.

- Reform des **öffentliches Dienstes**.
- Unvereinbarkeit von Abgeordneten- und Bürgermeistermandat beschliessen.
- Nationale und **kommunale Zuständigkeit** besser trennen.
- Gemeindeautonomie stärken und territoriale Neuordnung (Gemeindefusionen) weiterführen.
- Ausgearbeitete Reform des **Nationalitätengesetzes** umsetzen (Bsp.Residenzdauer wird von 7 auf prinzipiell 5 Jahre verkürzt).
- **Wahlrecht** auf nationaler Ebene den Luxemburgern vorbehalten. Zugang von Nicht-Luxemburgern zu verschiedenen Referenden ermöglichen.
- Sozialpartner auffordern und unterstützen, den **Sozialdialog** wieder aufzunehmen.

2. FINANZEN

UEL-Vorschlag:
Plan aufstellen, um die öffentlichen Finanzen in einem Zeitraum von 3 Jahren ins Gleichgewicht zu bringen. Der Plan soll auf eine Verringerung der Ausgaben und nicht auf eine Erhöhung der Einnahmen basieren. Ausgaben des Staates effizienter gestalten. Investitionsausgaben beibehalten, die einen direkten Impakt auf die Wirtschaft haben. Wiederherstellung des Spielraums welcher erlauben soll die Investitionsfonds aufzustocken. Sozialtransfert selektiver gestalten.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- **Konsolidierungspolitik** bei Ausgabenseite ansetzen. Konsolidierungsplan innerhalb von sechs Monaten vorlegen, mit dem Ziel Vorhersehbarkeit zu schaffen.
- **Haushaltsdefizit** innerhalb eines klaren Zeitrahmens abbauen.
- Transparenz durch einen schnellen und schonungslosen Kassensturz (Finanzaudit).
- „Internen Stabilitätspakt“ zwischen Staat, Gemeinden, öffentlichen Einrichtungen und konventioniertem Sektor abschliessen.
- **Subventionspolitik** neu ordnen oder beenden.
- Klare Prioritäten bei den öffentlichen **Investitionen** setzen.
- **Sozial- und Familientransfers** anhand von klaren sozialen Kriterien tätigen, um Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu stützen.

- Solide Rahmenbedingung für die **Haushaltsanierung** festlegen, indem zwei Drittel der notwendigen Konsolidierung über soziale Umverteilung und ein progressiveres Steuersystem und ein Drittel über sinnvolle Sparmaßnahmen erreicht warden.
- Zahlreiche Haushaltsposten so umschichten, dass **zukunftsrelevanten Investitionen** und Ausgaben der Vorrang gegeben wird.
- **Screening** aller staatlichen Ausgaben durchführen und staatliche Subventionen auf ihre Zielgerichtetheit und Qualität hin überprüfen.

- Öffentlichen Finanzen innerhalb der nächsten Legislaturperiode wieder ins **Gleichgewicht** bringen.
- Ziel- und ergebnisorientiere sowie antizyklische Budgetpolitik führen.
- Zukunftsorientierte **Investitionen.**
- Ziel- und ergebnisorientierte **Haushaltsreform** (staatlichen Betriebskosten einer strengen Kontrolle unterziehen, Subsidienpolitik überdenken, Staatsfonds gründen, ...).
- **Geldleistungen** für Familien anpassen und gerechter ausrichten.

- Öffentliche Finanzen bis 2017 wieder ins **Gleichgewicht** bringen.
- Ausgewogene **Sparpolitik**.
- Staatlichen **Konsumausgaben** abbauen, ohne jedoch die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen zu gefährden.
- Öffentliche **Investitionsbudget** auf hohem Niveau belassen.
- **Familienleistungen** detailliert analysieren und notwendige Anpassungen vorschlagen. Größere soziale Selektivität, Individualisierung der Rechte des Kindes sowie sämtliche Familienmodelle werden berücksichtigt.

3. STEUERPOLITIK

UEL-Vorschlag:
Attraktive, kohärente und effiziente Steuerpolitik als wichtige Voraussetzung für die Stabilität und für die Vorhersehbarkeit des steuerpolitischen Rahmens. Abschaffung der Ende 2012 eingeführten Minimalsteuer für Betriebe. Sätze der „Steuerbonifikation für Investitionen“ auf dem Niveau von vor 2013 wieder erhöhen. Aufhebung der Vermögenssteuer für Betriebe, um Investitionen zu unterstützen. Besteuerungssystem der „Expats“ verbessern, um hochqualifizierte Arbeitnehmer nach Luxemburg anzuziehen. Attraktive Steuerpolitik um die Betriebe zu unterstützen ein „régime de pension complémentaire (2. Säule) einzuführen. Niedrigsten TVA-Regelsatz in der EU behalten. „Immunisierte Reserve“ für Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einführen.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

Steuerreform notwendig:
- **Betriebsbesteuerung:** Vermögens- und Betriebsbesteuerung überdenken um Investitionen im Standort und Arbeitsplätze zu fördern. Netz der Doppelbesteuerungsabkommen weiter ausbauen. Möglichkeit einer sogenannten “immunisierten Reserve” und Finanzierung von Investitionen mit Hilfe von sogenannten “intérêts notionnels” analysieren. Steuerbonifikation für Investitionen überarbeiten. Gegen vorliegendes Finanztransaktionssteuersmodell.
- **Personenbesteuerung:** Grundsätzliche Reform der Lohnsteuer. Wenn möglich, Steuertabelle und Abschreibungsmöglichkeiten überarbeiten. Vor dem Hintergrund der Finanzplatzstrategie hinterfragen, ab welchem Punkt, höhere Tarife im Spitzensteuerbereich gesamtstaatlich gesehen zu fallenden Einnahmen führen. Auf den Weg der Individualbesteuerung gehen. Ökologische Steuerreform.
- **Mehrwertsteuerreform** nur wenn nötig.
- **Régime de pension complémentaire:** Steuerlichen Vergünstigungen im Zusammenhang mit dem Anlegen einer Betriebs- und Privatrente auf den Prüfstand nehmen.
- Reform der **Grundsteuer**: ungenütztes Bauland sowie leer stehende Wohnungen graduell stärker belasten und andererseits flächensparendes Bauen begünstigen.

Steuersystem muss **transparenter**, einfacher und gerechter werden:
- **Betriebsbesteuerung/Personenbesteuerung:** Tendenz zur weiteren Absenkung der Körperschaftssteuer stoppen. Sich national und international dafür einsetzen, die Steuervermeidungspraxis großer, international agierender Betriebe zu unterbinden. Arbeitsintensive Betriebe möglichst steuerlich begünstigen. Finanztransaktionssteuer einführen. Abschreibungsmöglichkeiten nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien überprüfen. Individualbesteuerung einführen. Steuern auf Tabakprodukten anheben. Generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial absichert (Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden).
- **Grundsteuer** reformieren, damit der reelle Wert des Bodens berücksichtigt wird.

Umfassende **Steuerreform** durchführen:
- **Betriebsbesteuerung/Personenbesteuerung:** Minimalbesteuerung auf allen gewinnbringenden Unternehmen anwenden. Sämtliche steuerlichen Abschreibungskategorien analysieren. Beschäftigung und Klimaschutzpolitik sollten im Rahmen der Betriebsbesteuerung begünstigt werden. Minimalbesteuerung im Bereich der Gewerbesteuer einführen. Lastenverteilung zwischen den einzelnen Steuerkategorien

(direkte und indirekte Steuern) und Wirtschaftsakteuren (Kapital, Arbeit und Besitz) im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit anpassen. Steuerklassen im Sinne der Chancengerechtigkeit überprüfen. Reichensteuer einführen, ebenfalls die Vermögenssteuer (ab einem gewissen Freibetrag). Solidaritätssteuer an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Ausgaben des Beschäftigungsfonds kopplen. Wenn möglich die Steuertabelle an die Preisentwicklung anpassen. Situation der „Expats“ überprüfen und internationaler Entwicklungen anpassen.

- **Mehrwertsteuer:** TVA-Minimalsatz für Güter des täglichen Bedarfs nicht antasten, Luxemburg soll den niedrigsten TVA-Regelsatz in der EU behalten.
- **Grundsteuer** grundlegend reformieren.

CSV

Globale **Steuerreform** notwendig:

- **Betriebsbesteuerung:** Keine generelle Erhöhung der betrieblichen Steuerlast**:** Wahl zwischen einem nach unten zu korrigierenden Steuersatz bei gleichzeitiger Erweiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und dem gegenwärtigen Steuersatz unter Beibehaltung der wichtigsten Abschreibungsmöglichkeiten. Beibehalten der Vermögenssteuer für Betriebe.
- **Personenbesteuerung:** Für mehr Steuergerechtigkeit, bestehenden Steuerkredite ausdehnen. Wenn möglich den Steuersatz und seine Progression so glätten, um die Mittelschicht zu entlasten. Optionale Individualbesteuerung einführen. Vermögenstensteuer nicht wieder einführen.
- **Mehrwertsteuer:** Mehrwertsteuer so anpassen dass Luxemburg den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behält.
- **Grundsteuer** den heutigen Verhältnissen anpassen.

4. Wirtschaft, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit

4.1. Attraktivität

UEL-Vorschlag:
Standortpolitik führen. Wirtschaftliche Diversifizierung intensifieren. Entwicklung neuer Aktivitäten, neuer Nischen. Unternehmergeist unterstützen. In den Werbungskampagnen im Ausland, die Beförderungsanstrengungen der luxemburgischen Wirtschaft, besser koordinieren. Vorhandene sektorielle Aktivitäten unterstützen.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- Vermarktung des **Wirtschaftsstandorts**: Luxemburg als ein einheitliches Markenbild über eine zentralisierte Struktur vermitteln.
- Schaffung einer „**Investitions- und Finanzierungsagentur**“: Agentur soll als Anlaufstelle für internationale und nationale Unternehmen oder auch für Start-Ups funktionieren.
- Wirtschaftliche **Diversifizierung** intensifieren: ICT-Standort weiter ausbauen. IT-Forschungsprojekte fördern.
- **Finanzplatz**: Finanzplatzstrategie ausarbeiten (Prozeduren beschleunigen und EU-Regelwerke rasch umsetzen, klare Regeln für alle FinanzplatzakteuSicherheit für Anleger zum Markenzeichen machen, Fondsgeschäft weiter ausbauen).
- **Industrie**: Im Sinne einer nachhaltigen industriellen Entwicklung muss die Anwendung neuer industrieller Technologien individuell genehmigt werden. Allgemeingültige, standortunabhängige Betriebsbedingungen sollten jedoch veröffentlicht werden. Diese Prozedur soll harmonisch die technische und soziale Entwicklung sowie die öffentliche Ordnung gewährleisten. Der Verwaltungsaufwand solcher Prozeduren kann und sollte jedoch weiter vereinfacht werden. Diese Vereinfachung verhindert keinesfalls, dass alle Anträge der Öffentlichkeit zum geeigneten Zeitpunkt zugänglich gemacht werden;
- **Tourismus** als Wirtschaftsfaktor sehen: Tourismusstrukturen professionalisieren. Investitionsprogramme in touristische Infrastrukturen überdenken.

- Wirtschafltiche **Diversifizierung** antreiben (Grüne Marktwirtschaft fördern, Umwelt- und Energietechnologien, Gesundheits-, Kreativ- und Kommunikations- sowie Stahlverarbeitungstechnologien in der Großregion fördern, "Cloud Computing" ausbauen, innovative Projekte umsetzen, um das Land durch eine gelebte Nachhaltigkeit für innovative Betriebe attraktiv zu machen).
- Gang in die **Selbstständigkeit** unterstützen (Gerechterer, gesetzlicher Rahmen für Selbstständige und Freiberufler).
- Finanzplatz auf stabile Beine stellen: Schaffung einer EU-Bankenaufsicht. Weiter diversifizieren und dabei die Ansiedlung von Investmentfonds fördern, die sozial engagierte und umweltverträglich Projekte finanzieren. Risikokapitalfonds zur Finanzierung von grünen Zukunftsprojekten etablieren. Risiko und Verantwortlichkeit im Finanzsektor durch intelligente Regulierung besser verknüpfen. Spekulation auf Rohstoffen eindämmen.
- **Industrie:** bestehenden Sektor „Energietechnologien“ ausbauen, um Handwerk, Mittelstand, Architektur- und Ingenieurbüros sowie innovative Industriebetriebe in Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen für die Energiewende optimal aufzustellen. Industriebrachen im Süden des Landes mit der „Cité des sciences“ zum Zentrum neue Wirtschaftsstandbeine machen.
- **Handwerk:** Image der selbstständigen Meisterbetriebe fördern. „Handwierkerhäff“ einführen und fördern, um Betriebsgründern und Jungmeistern einen besseren Start in die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Weiterbildung der Handwerksbetriebe in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausbauen.

- **Tourismus** fördern: Hotelfachschulen aktiver am Erhalt und Wiederaufbau gastronomischer Infrastrukturen und Traditionen beteiligen, z.B. indem verstärkt auf bestehende einheimische Qualitätsprodukte zurückgegriffen wird. Besonderen Wert auf Naherholungsgebiete legen und die lokale Bevölkerung besser über Freizeitangebote und Veranstaltungen informieren.

- Wirtschaftliche **Diversifizierung** intensifieren und neue Wachstumsmärkte erschliessen (Logistiksektor, Ökotechnologien, Bio- und Gesundheitstechnologien, Unformations- und Kommunikationstechnologien).
- **Wirtschaftsentwicklungsgesellschaften** „Luxembourg for Business“ und „Luxembourg for Finance“ zusammenlegen, um den internationalen Auftritt des hiesigen Wirtschaftsstandorts effizienter und kohärenter gestalten zu können. Internationale **Werbekampagnen** im Sinne einer gezielten Imagepflege und Außendarstellung des Luxemburger Wirtschaftsstandorts konsequent fortsetzen.
- **Finanzplatz** konsolidieren und weiterentwickeln.
- **Industrie** als wichtiges Standbein einer produktiven Volkswirtshaft erhalten und mit umfangreichen Investitionen unterstützen. Innovation gezielt fördern und in Zukunftinfrastrukturen investieren.
- Förderprogramm für den **Mittelstand** auflegen und KMU verstärkt unterstützen (Ladenöffnungszeiten gegebenenfalls anpassen, „think global, act local“, Unternehmer unterstützen um wieder leichter zu Krediten für notwendige Investitionen und Betriebsgründungen oder -Übernahmen kommen, Jungunternehmern mit finanziellen Anreizen und steuerlichen Maßnahmen helfen, lokal hergestellte Produkte anbieten).

- Wirtschaftliche **Diversifizierung** intensifieren (erfolgreiche Hochtechnologie-Strategie der vergangenen Jahre fortführen und ausdehnen, Biomedizin fördern, ICT-Exzellenzstandort vermarkten, Logistikstandort weiter ausbauen,...).
- **Finanzplatz:** attraktiven Finanzplatz haben, der durch Kompetenz und Innovationsfähigkeit besticht.
- **Industriesektor** gerade in diesen Zeiten bewahren, ja stärken. Ein günstiges Umfeld anbieten, so kann die Industrie weiterhin investieren und wettbewerbsfähig bleiben. Direkte und steuerliche Anreize für Forschung und Innovation verstärken.
- **Tourismus:** Stärkere Professionalisierung der touristischen Anbieter anregen. Verbesserung der Tourismus-Qualität vorantreiben (Eco-Label, Q-Label,...). Im Ausland den Tourismusstandort Luxemburg fördern.

4.2. Kostenwettbewerbsfähigkeit

UEL-Vorschlag:
Festlegung der Löhne im Privatsektor den Sozialpartnern überlassen. Lohngestaltung auf Grund der Produktivitätsentwicklung ausrichten. Anfangsgehälter beim Staat sollen denen vom Privatsektor angepasst werden. Desindexierung der Wirtschaft d.h. Desindexierung der Dienstleistungskontrakte, der Löhne und Leistungen aller Art. Jegliche Erhöhung der Lohnnebenkosten der Betriebe ablehnen, um diesen Vorteil aufrechtzuerhalten und einer Erhöhung der Arbeitskosten entgegenzuwirken.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- **Druck von den Löhnen** in der Privatwirtschaft nehmen. Im Gegenzug, sollen die Unternehmen sich im Rahmen des Sozialdialogs zu verbindlichen Zielen (Ausbildung, Arbeitsplätze, Zusammenarbeit mit ADEM,…) vor allem mit Blick auf die steigende Jugendarbeitslosigkeit engagieren. Neue Lohnmodelle testen (zBsp. SSM-Formation).
- Moderate Lohnpolitik im **öffentlichen Bereich**.
- **Index-Mechanismus**: Inflationsbekämpfungsabkommen schließen. Überprüfen, ob sich eine Desindexierung der Wirtschaft positiv auf die Wirtschaft und die Beschäftigung auswirken könnte. Mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen „Solidarpakt" für die Jugend (gegen die Jugendarbeitslosigkeit) aushandeln. Als Gegenleistung, zumindest eine Indextranche ausfallen lassen. Warenkorb und den Mechanismus dauerhaft auf maximal eine Indextranche pro Jahr begrenzen. Ablehung eines „gedeckelten Indexes".
- **Beitragserhöhungen** vermeiden.

- Garantiertes **Mindesteinkommen** schützen.
- Löhne und Preise im Gleichschritt halten: Normaler **Indexsystem** wieder einführen.
- **Beitragserhöhungen** möglichst vermeiden.

- Einführung von **Kollektivverträgen** zur Durchsetzung von Lohngerechtigkeit.
- **Index-Mechanismus** beibehalten: Keinen gedeckelten Index-Mechanismus; Falls eine mehrfache Indexauszahlung pro Jahr aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht verkraftbar erweist, soll im Dialog mit den Sozialpartnern erneut für eine Übergangsregelung gesorgt werden, die mindestens eine Indextranche pro Jahr vorsieht.
- **Lohnnebenkosten** niedrig halten.

- Für die **Tarifautonomie** der Sozialpartner.
- Löhne sollen sich im Einklang mit der **Produktivitätsentwicklung** bewegen.
- **Staatliche Lohnpolitik** muss moderat bleiben.
- Reform der **Lohnindexierung** vorbereiten: Höchstens eine Index-Tranche pro Jahr; Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak und Alkohol gehören nicht in den Index-Warenkorb; Umweltschädliche Produkte sollen prinzipiell ausgeschlossen werden; Ab einer bestimmten Höhe sollen die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden; Heizölpreise und ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll und ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden; Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indextranche durchführen.
- **Lohnnebenkosten** der Betriebe nicht erhöhen.

4.3. Compétitivité hors-coût

UEL-Vorschlag:
In Infrastrukturen investieren, die erlauben werden, die zukünftigen Entwicklungen der Wirtschaft und der Gesellschaft zu unterstützen, die das Land braucht. Energieversorgungsinfrastrukturen und, im allgemeinen, Produktionsfaktoren weiterentwickeln (Transport, Mobilität, u.s.w.). Sämtliche angekündigte Leitpläne - „Plans sectoriels" umsetzen. Wissenswirtschaft unterstützen da die Forschung & Entwicklung und die Innovation, entscheidende Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit sind. Forschungszentren, Uni.lu und Wirtschaft sollten enger zusammen arbeiten.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- „**Plans sectoriels**" so schnell wie möglich vorlegen.
- **Transport/Mobilität**: klare Strategien in den Bereichen Logistik entwickeln; Öffentlicher Transport weiter fördern (Bau einer Trambahn mit den notwendigen Peripheriebahnhöfen); In die Qualität des Strassennetzes investieren; Förderung von Elektromobilität und Carsharing.
- **Innovation** durch eine bessere Organisation : Die Universität und die vielen existierenden Forschungszellen müssen besser auf die Belange der Wirtschaft ausgerichtet werden und als Standortvorteil eingesetzt werden; Investitionen in wirtschaftlich innovative Bereiche absolute Priorität einräumen; Uni.lu zum Innovationsstandort entwickeln: Ausbau von Forschung und Entwicklung.

- „**Sektoriellen Entwicklungspläne**" der Regionalplanung zu Grunde legen.
- **Transport/Mobilität**: Logistiksektor so ausbauen, dass die Waren vor allem über die Schiene und auf dem Wasser transportiert werden. Angebot des öffentlichen Transportes ausbauen; Geplanten Ausbau der Eisenbahnverbindungen weiterführen und finanziell absichern; Öffentlichen Transport in die Großregion hineinführen, Elektromobilität sinnvoll einplanen, Sanfter Mobilität Priorität geben (Carsharing, Fahrrad,...).
- **Forschung**: Staatliche Forschungsprojekte müssen einen konkreten qualitative gesellschaftlichen Nutzen haben; Bestehende Forschungseinrichtungen sollten stärker evaluiert und zusammengeführt werden. Brücken zwischen den Forschern und der Gesellschaft schlagen; Forschungsprogramme auflegen, die darauf abzielen, privatwirtschaftliche Ableger zu generieren; Bei der Ausrichtung der Forschung konsequent umwelt- und sozialpolitische Nachhaltigkeitsprinzipien berücksichtigen.

- **Sektorielle Leitpläne** verabschieden und in die Praxis umsetzen.
- **Transport/Mobilität:** Spezialisierung in jenen Logistikbereichen voranzutreiben, die einen hohen wirtschaftlichen Mehrwert generieren; Mobiliät durch öffentliche Transportmittel fördern (Bau der Tram und Peripheriebahnhöfe); Förderung der „mobilité douce" (Elektromobilität, Carsharing).
- Öffentliche **Forschung** fördern: kohärente Forschungsstrategie, die es dem FNR ermöglicht, vor allem dort Akzente zu setzen, wo es um gesellschaftlichen Fortschritt, wirtschaftlichen Mehrwert und die Entwicklung von Spitzentechnologien geht; Im Sinne der Kompetenzbündelung müssen nationale Forschungszentren eng mit der Universität und hochspezialisierten Einrichtungen im Gesundheits-, Finanz- und Justizbereich zusammenarbeiten; Synergien anstreben; Weitere Entwicklung der Universität unterstützen.

- „**Plans directeurs sectoriels primaires**" in die Konsultierungsprozedur geben.
- Verstärkt für die Idee der **Großregion** werben. Die bestehenden politischen Kontakte der Ministerien zu den Entscheidungsträgern in den Nachbarregionen werden weiter entwickelt.
- **Transport/Mobilität:** Logistikstandort Luxemburg weiter ausbauen; Investitionsvorhaben in das Schienennetz, die Neugliederung des nationalen Busnetzes sowie den Bau der Tram in die Tat umsetzen; Sanfte und alternative Mobilität fördern (Carsharing oder Elektromobilität).
- **Innovation und Forschung** zu einer budgetären Priorität machen: Bei Aufbau und Weiterentwicklung von Kompetenzzentren rechtzeitig Brücken zu Wirtschaft und Gesellschaft schlagen. Bereits eingebrachte Reform der Universität, des Fonds national de la recherche und der öffentlichen Forschungszentren zügig umsetzen, insbesondere die Zusammenlegung von CRP-Gabriel Lippmann und CRP-Henri Tudor; Uni.lu weiter aufbauen.

5. BÜROKRATIEABBAU

UEL-Vorschlag:
Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs erhalten durch eine Vereinfachung des Bürokratieaufwands für die Unternehmern. „Ex-ante“ Verfahren verbessern, wessen Zieles ist, die Schaffung neuer Verwaltungslasten zu vermeiden. Auf das Prinzip „toute la directive, rien que la directive“ strengstens achten. Unnötige Prozeduren und Genehmigungsverfahren abschaffen. Das Prinzip „Schweigen der Verwaltung bedeutet Genehmigung“ einführen. Beratungen über zukünftige Gesetze, sowohl nationale wie europäische Texte, in einem früheren Stadium unter Ministerien, Département de la simplification administrative und die betroffene Akteure intensifieren. In einem Gesetz „Loi omnibus“ die vorgeschlagenen UEL Maßnahmen annehmen (z.B. Normen im Voraus festlegen, Baugenehmigung von der Betriebsgenehmigung trennen, Verkürzung der “délais de réponse”,...) um die administrativen Prozeduren im Urbanismus- und Umweltbereich zu verbessern und somit auch die höheren Wohnungskosten zu dämpfen.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- Beschleunigung von **Verwaltungsprozeduren**: Straffung von Prozeduren, die bessere Abstimmung und Entrümpelung von Gesetzen und Reglements und vor allem durch eine bessere „Governance“ zwischen den staatlichen Akteuren mit klaren Verantwortlichkeiten erreichen.
- Komplette Digitalisierung: so an Schnelligkeit, Effizienz, Transparenz und Produktivität gewinnen.

- Vereinfachung der staatlichen **Prozeduren** zur Priorität machen. Nicht mehr, sondern bessere Regulierung.
- Verwaltungsabläufe vereinfachen und die öffentlichen Dienstleistungen modernisieren.
- Bestehende und zukünftige Gesetze und Regelwerke verstärkt nach Widersprüchen untereinander analysieren. Ausführungsbestimmungen der Gesetze müssen effizient, flexibel und unbürokratisch gestaltet sein.

- Zusammenarbeiten, um sämtliche **Prozeduren** zu vereinfachen sowie unnötige Prozeduren und Genehmigungsverfahren abzuschaffen.
- Anfragen an staatliche Behörden eine Empfangsbestätigung bekommen und nach Ablauf einer dreimonatigen Frist **Stillschweigen** als Zustimmung im Genehmigungsverfahren gilt.
- Anfragen und Vereinigungen zügiger bearbeiten und Genehmigungen schneller erteilen.
- Wohnungsbauoffensive in die Wege leiten : **Beschleunigung** der Prozeduren zur Steigerung der Bautätigkeit.

- **Administrative Entfesselung** konsequent weiterführen, ohne die Transparenz in den Entscheidungsprozeduren zu untergraben.
- Politischen und administrativen **Genehmigungs- und Entscheidungsprozeduren** weiter harmonisieren und beschleunigen.
- **Anker-Minister** einsetzen, der bei geteilten Zuständigkeiten die Entscheidungsprozeduren koordinieren und möglichst zu einer einheitlichen Entscheidung bringen soll. Staatsminister eine Schiedsrichterfunktion im Fall eines Konfliktes zwischen Ministern geben.
- Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien keine unzumutbaren zusätzlichen wirtschaftlichen Hürden aufbauen („**toute la directive, rien que la directive**“).
- **„Schweigen der Verwaltung bedeutet Genehmigung“** prinzipiell im Rahmen des e-

Government einführen.

- Bei **Betriebsgenehmigungen** allgemeingültige **Normen im Voraus** festlegen; **Baugenehmigung von der Betriebsgenehmigung trennen** unter bestimmten Bedingungen; Umwelt- und naturpolitische Kompensierungen vereinfachen.

6. WOHNUNGSPOLITIK

UEL-Vorschlag:
Administrative Prozeduren im Urbanismus- und Umweltbereich verbessern (UEL-Vorschläge im Zusammenhang mit der Einführung einer „loi dite omnibus“), um somit die höheren Wohnungskosten zu dämpfen. Beschleunigung der Prozeduren. Zugang zum Eigentum erleichtern indem man z.B. das Eigentum an der Immobilie und des Grundstücks trennt und somit dem Käufer die Möglichkeit gibt, das Grundstück in einem späteren Zeitpunkt zu kaufen. Verwendung von Erbpachtverträge unterstützen. Privaten Bauträgern die gleiche Unterstützung gewähren wie den öffentlich-rechtlichen Bauträgern. Subventionen im Wohnungsbau selektiv gestalten. Taxierung für leerstehende Wohnungen und ungenutzten Bauland einführen. Ausweitung des Mietzuschusses auf besondere Zielgruppen.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

Preisentwicklung am Wohnungsmarkt brechen:
- **Subventionen** im Wohnungsbau selektiv und nachhaltig gestalten.
- Bauland mobilisieren: Durch Baulandverträge und Bebauungspflicht; Öffentlichen Baulandreserven von Staat und Gemeinden (Brachen, Baulücken,…) schnellstmöglich auf den Markt bringen und zusammen mit privaten Investoren z.B. mittels „Public Private Partnership“ entwickeln und gerade jungen Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen via Erbpachtverträge, Mietkauf, Mietwohnungen sowie verbilligtem Wohnraum und Sozialwohnungen zugängig machen.
- „**Pacte logement**“ überarbeiten und zusammen mit den Gemeinden verbindliche Ziele festlegen.
- Öffentliche Hand soll sich auf Sozial- und Mietwohnungen sowie verbilligten Wohnungsraum konzentrieren.
- **Erbpachtvertrag** und Mietkauf fördern.

Wohnungsbaupolitik zur nationalen Priorität erklären:
- Staat und Gemeinden als Akteure stärken, damit erschwingliches Bauland bereitgestellt wird und soziale Mietwohnungen geschaffen werden können.
- Staatliche **Subventionspolitik** überprüfen und gezielter gestalten.
- Bindung eines Bauvertrags an einen Grundstückskauf gesetzlich verhindern.
- Einführung von Reglementen und **Taxen** auf lokaler Ebene unterstützen, um die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu reduzieren.
- Nationale **Wohnungsbaugesellschaft** gründen und so ausrichten, dass sie den Gemeinden hilft.
- Neue Eigentumsformen fördern, wie zum Beispiel die **Erbpacht**.
- Initiativen wie die „Agence Immobilière Sociale“ fördern.
- **Vorkaufsrecht** von Staat, Gemeinden und staatlichen Bauträgern ausdehnen auf jedes Bauerwartungsland (potenzielles Bauland).
- PAG-Gesetz umändern, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, punktuelle Probleme im städtischen Bereich zu lösen.
- Entwicklung der **Mieten** besser kontrollieren, durch die Einführung eines Mietspiegels; Mietgesetz modernisieren; Gemeinden dabei helfen, erschwingliche und soziale Mietwohnungen anzubieten.
- Instrumente des „**Pacte Logement**“ praxisnah ausgestalten.
- Bei der Gemeindeentwicklung das verdichtete Bauen innerhalb der bestehenden Bauzonen dem Ausweitung des Bauperimeters vorziehen.
- Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen konsequent besteuern.

Wohnungsbauoffensive in die Wege leiten (Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik, des "Fonds du logement"; Beschleunigung der Prozeduren zur Steigerung der Bautätigkeit;....):

- Beschleunigung der Prozeduren zur Steigerung der Bautätigkeit;
- Vorgaben des „**Plan sectoriel logement**" nutzen, der eine Ausweitung der Bauperimeter vorsieht.
- Staatliche **Subventionierung** überschaffen.
- Neues Rahmengesetz, das den „Logement-Bereich" neu regeln soll.
- Konsequente Förderung des öffentlichen und privaten sozialen Wohnungsbaus sowie die gesetzliche Einführung eines minimalen Prozentsatzes von sozialen Wohnungen in sämtlichen Gemeinden im Verhältnis zur Einwohnerzahl.
- Nachhaltigen Ausbau des **Mietwohnungsbestands**: Mietwohnungen steuerlich begünstigen, die einkommensschwachen Mietern einen günstigen Mietzins verrechnen; Einrichtung von öffentlichen und kommunalen Mietagenturen, die Mietwohnungen zu sozialen Tarifen anbieten; Einsetzen einer Mietbremse; Ausweitung des Mietzuschusses auf besondere Zielgruppen; Systematische Förderung von Mietkauf- und Erbpacht-Modellen.
- Besteuerung und strikte Begrenzung der Zweckentfremdung von Wohnraum für Bürozwecke.
- Durchsetzung des öffentlichen Vorkaufsrechts bei Grundstücksverkäufen.
- Bekämpfung von Wohnraum- und **Baulandspekulation** durch die Besteuerung von freistehendem Wohnraum und brachliegenden.
- „**Billigen Akt**" behalten; Notarkosten begrenzen; Einführung eines zielgruppenorientierten zinsfreien Darlehens für energetische Sanierungs-projekte und einer obligatorischen Suspensivklausel für alle Immobilienvorverkaufsverträge, die an den Erhalt eines Bankkredits gebunden ist.

Für eine **massive Aufstockung** des Wohnraumes:

- **Sektoriellen Pläne** schnellstmöglich in die Prozedur geben.
- Gemeinden bei der **Taxierung** von leerstehenden Wohnungen und ungenutztem Bauland unterstützen.
- Privaten Bauträgern die **gleiche Unterstützung** gewähren wie den öffentlich-rechtlichen Bauträgern.
- „**Prêt à taux zéro**": Der Staat übernimmt dabei Garantie und Zinsen. Hinzu kommt eine Gratis-Energieberatung.
- Soziale **Mietwohnungsbau** stärker entwickeln; Private Investitionen zur Aufstockung des Mietwohnungsparks und zur Sanierung, insbesondere der energetischen, des Mietwohnungsbestandes fördern; Mietrecht reformieren; Mietzuschuss für Geringverdiener einführen; Mietkadaster aufstellen; Zusammen mit dem Syvicol ein Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen entwickeln.

7. ARBEIT UND AUSBILDUNG

7.1. Arbeitsmarkt

UEL-Vorschlag:
Vorrangig das Arbeitsrecht durch vertragliche Bestimmungen von den Sozialpartnern gestalten lassen. Arbeitszeitorganisation flexibler gestalten durch Heraufsetzen der gesetzlichen Referenzperiode. Ersatzeinkommen (Arbeitslosengeld, Reclassement,…) im Sinne einer Aufbewertung der Aktivität analyieseren. Reklassierungsprozedur verbessern und beschleunigen. Unternehmen geeignete Instrumente zur Verfügung stellen um gegen missbräuchliche Fehlzeiten vorzugehen; Effiziente Kontrollmechanismen einführen. Arbeitsquote älterer Arbeitnehmer durch Begleitmassnahmen erhöhen (Progressiver Rentenanspruch). Mehr gezielte Beschäftigungsinitiativen für diejenigen die ernste Schwierigkeiten haben sich im ersten Arbeitsmarkt zu integreieren. Gewerbeinspektion (ITM) soll wirksamer gegen Sozialdumping vorgehen. Umsetzung der „Jugendgarantie " soll eine Priorität der Beschäftigungspolitik sein um die Jugendarbeitslosigkeit zu dämpfen. In diesem Zusammenhang, Massnahmen wie das Projekt "insertion professionnelle des jeunes éloignés du marché du travail" weiterführen. Förder- und Diversifizierungspolitik der Wirtschaft unterstützen um Arbeitsplätze für eingeschriebene Arbeitslose am Arbeitsamt (ADEM) zu schaffen. Reformbemühungen der ADEM weiterführen, um ihre Effizienz bei der Integration von Arbeitssuchenden auf dem ersten Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Zumutbarkeitsklauseln verschärfen, um die Bemühungen der Arbeitssuchende zu stimulieren und zu kontrollieren.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

Arbeitsrahmen:
- Arbeitsplätze durch **flexible Arbeitsbedingungen** sichern: Mehr Bewegung und Vernetzung in die Kette Bildung-Arbeit-Lohnkosten-Lebenskosten Wettbewerbsfähigkeit bringen (In Betracht ziehen: flexiblere Arbeitszeitenregelungen, Freigabe der Ladenöffnungszeiten).
- Gezielte Diskussion, Sektor für Sektor, über Referenzperioden, flexible Arbeitszeitmodelle, Bedingungen von zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen führen und Entscheidungen zugunsten des Standorts treffen.
- „Reclassement"-Gesetzgebung überarbeiten.

Arbeitslosigkeit:
- „**Solidarpakt für die Jugend** und gegen die Jugendarbeitslosigkeit" aushandeln.
- Einführung eines Ausbildungsmindestlohns für unqualifizierte Arbeitnehmer, probeweise während drei Jahren testen und anschließend gemeinsam mit den Sozialpartnern bilanzieren.
- Europäische Job-Garantie verwirklichen.
- **Arbeitsamt** soll zu sich einer Arbeitsvermittlungs- und Weiterbildungsagentur weiterentwickeln, (eng mit bestehenden Weiterbildungsinstituten und Betrieben zusammen arbeiten).
- Arbeitsweise der ADEM als auch die unterschiedlichen Maßnahmen sollen regelmäßig auf ihre Effizienz hin analysiert werden.
- Private Arbeitsvermittlung ermöglichen.
- **Krankheitsbedingten Fehlzeiten** vorbeugen: Mit den bestehenden staatlichen Behörden und den Arbeitgebern für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sorgen bzw. für einen weiteren Rückgang der Arbeitsunfälle kämpfen, gegen psychischen Erkrankungen durch Druck und Stress vorbeugen. Auf der anderen Seite, soll das Krankfeiern nach Möglichkeit eingedämmt werden. Deshalb vor allem die medizinischen Kontrollen verstärken.

Arbeitsrahmen:

- Ausarbeitung der Reformvorschläge, damit Konflikte in den Bereichen Arbeit und Lohn zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften geschlichtet werden können.
- **Telearbeit** fördern.
- Umsetzung der bestehenden Gesetze, die Arbeitgeber bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen des Personals unterstützen, vorantreiben.

Arbeitslosigkeit:

- Gelder der EU-Jugendgarantie in nachhaltige Ausbildungs- und Beratungsangebote für junge Arbeitsuchende investieren und nicht zur Finanzierung von Dumpingverträgen wie dem „Contrat d'appui-emploi" (CAE) und dem „Contrat d'initiation à l'emploi" (CIE) nutzen.
- Ausbildungsplätze für Jugendliche bei Staat und Kommunen schaffen.
- Betriebe unterstützen, die sich der Ausbildung von Jugendlichen annehmen, beispielsweise durch einen Ausbildungspakt, der sowohl die Betriebe, als auch die Jugendlichen fördert und fordert.
- Ausrichtung der Orientierungsmaßnahmen in der Schule an die Nachfrage am Arbeitsmarkt anpassen. Hierfür brauchen wir eine systematischere Analyse des Arbeitsmarkts.
- Reformbemühungen der **ADEM** vorantreiben.
- Wirksamkeit von Beschäftigungsmaßnahmen statistisch und qualitativ bewerten und dafür bessere Analyse- und Auswertungsinstrumente schaffen.
- Gesetzesprojekt über Lebensarbeitszeitkonten vorantreiben.
- **Beschäftigungsprogramme** für Langzeitarbeitslose mit öffentlichen Partnern ausarbeiten.
- Modell der Beschäftigungsinitiativen grundlegend überarbeiten.
- Sogenannte „**groupements d'employeurs**" einführen, in denen sich Arbeitgeber zusammenschließen und Festeinstellungen tätigen.

Arbeitsrahmen:

- Keine Verschlechterung der **Arbeitsbedingungen** und Rahmenbedingungen.
- **Flexibilisierung** der Arbeitszeit im Sinne der Arbeitnehmer durch Einführung von Zeitsparkonten.
- Verstärkt auf die Einführung von Kollektivverträgen zur Durchsetzung von Lohngerechtigkeit.
- Betriebsinternen Schutz älterer Arbeitnehmer verbessern und eine Kultur des Altersmanagements (gestion de l'âge) auf Betriebsebene fördern.
- Eigenes Statut für "**reklassierte**" Arbeitnehmer schaffen.
- Gewerbeinspektion strenger und wirksamer gegen Sozialdumping und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen vorgehen.

Arbeitslosigkeit:

- Verstärkt einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Besetzung von freien Stellen berücksichtigen.
- **Ältere Arbeitnehmer** besser schützen und konsequent gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen.
- Langzeitarbeitslose durch gezielte Beschäftigungs- und Fortbildungsmaßnahmen schnellstmöglich wieder in ein Arbeitsverhältnis zu bringen.
- Aktionsplan "**Jugendgarantie**" bis Ende 2014 in vollem Umfang umzusetzen.
- Anreize schaffen, damit private und öffentliche Betriebe mehr Lehrstellen für Auszubildende bereitstellen: Parallel dazu eine Kostenbeteiligung für Unternehmen nachdenken, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht an der dualen Berufsausbildung junger Fachkräfte beteiligen.
- Gesetzliche Regelung von Berufs- und sonstigen Praktika.
- Weitere Optimierung der vorhandenen Beschäftigungsmaßnahmen (CAE und CIE) im Sinne einer gezielteren Betreuung von jungen Arbeitsuchenden.
- Beschäftigungsinitiativen weiter unterstützen und so ausrichten, dass sie die verfügbaren Ressourcen ausschließlich im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt werden.
- Eingeleitete Reform der ADEM konsequent fortsetzten und den Anforderungen des Arbeitsmarkts anpassen; Kontakte zu den Betrieben weiter intensivieren;

- Begleitmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer vorsehen, die auf eine Kombination von Teilzeitarbeit und -rente zurückgreifen wollen.

Arbeitsrahmen:

- Keine arbeitnehmerfeindliche **Flexibilisierung** des Arbeitsrechts.
- Vertragspartnern neue Möglichkeiten eröffnen, im Konsens und auf kollektivvertraglicher Basis **flexible Arbeitszeitmodelle** auszuarbeiten.
- Gesetzgebung über Beschäftigungsinitiativen überarbeiten.
- Interne und externe **Reklassierung** von Arbeitnehmern reformieren. Interne Reklassierung erhält einen absoluten Vorzug gegenüber der externen.
- Beschäftigungsfonds einem externen finanziellen Audit unterziehen.
- Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Beschäftigungsinitiativen verbessern. Schaffung definitiver staatlich geförderter Betriebsstrukturen (z.B. in der Nachbarschaftshilfe) für Langzeitarbeitslose.
- Kontrollen auf Baustellen konsequenter durchführen.

Arbeitslosigkeit:

- Innerhalb von spätestens 4 Monaten eine offene Stelle, eine Ausbildung oder eine Beschäftigungsmaßnahme anbieten. „Plan d'action en faveur des jeunes" ambitiöser gestalten.
- **Zumutbarkeitsklauseln** verschärfen: Jeder unqualifizierte Jugendliche muss jede ihm angebotene Arbeit annehmen.
- Beschäftigungsmaßnahmen „Contrat d'initiation-emploi" (CIE) und „Contrat d'appui-emploi" (CAE) einer laufenden qualitativen Analyse unterziehen.
- Zweck und Finanzierung sämtlicher Maßnahmen darauf ausrichten, dass der Jugendliche am Ende einen auf unbegrenzte Zeit laufenden Arbeitsvertrag erhält.
- ADEM in Punkto Arbeitsvermittlung verstärken.
- Gesetzgebung über Beschäftigungsinitiativen überarbeiten. Die auf mehrere Verwaltungen aufgeteilten Jugendmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen, bewerten und gegebenenfalls bündeln.

7.2. Schul-, Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik

UEL-Vorschlag:
Bildung als Instrument der Integration und sozialen Kohäsion nutzen: duale Alphabetisierung einführen. Orientierung aufgrund der Talente durchziehen. Schüler individuell betreuen. Schulabbruch verhindern. Lehrer in ihrer, mit dem Ausland verglichen, einzigartigen Rolle unterstützen. Lehrerausbildung verkürzen und pragmatisch ausrichten. Koordination und Zusammenarbeit aller Akteure sichern. Lehrerweiterbildung und Mobilität der Lehrer fördern. Schule und Betriebe enger vernetzen. Berufliche Fortbildung im Sinne der nachhaltigen Employabilität fördern. Handwerksberufe aufwerten.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

Schulpolitik:
- Zweisprachige **Alphabetisierung** ermöglichen.
- Mehrsprachigkeit anders fördern: Um den unterschiedlichen sprachlichen Fähigkeiten der Schüler Rechnung tragen, und die Schüler möglichst individuell fördern zu können, sollte eine Differenzierung der Unterrichtssprache in den Nicht-Sprachenfächern angeboten werden. Den Schülern grundsätzlich eine Wahlmöglichkeit bei der Unterrichtssprache anbieten.
- Einführung des Tutorats in der Sekundarschule.
- **Individualisierter Unterricht** um das Sitzenbleiben zu verhindern.
- „Régime préparatoire" analysieren: Ziel, so vielen Schülern wie möglich aus dem „préparatoire" zu einer weiterführenden Ausbildung zu verhelfen. Gleichzeitig, bereits frühzeitig diejenigen Schüler identifizieren, die dieses Ziel nicht erreichen können. Bei diesen Schülern muss der Unterricht sich stärker als bisher auf praxisbezogene und handlungsorientierte Inhalte konzentrieren. Darüber hinaus soll bei diesen Schülern die Berufsorientierung im Mittelpunkt stehen und durch Praktika unterstützt werden.

Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik:
- Berufsausbildung verbessern: konsequente Aufwertung ist nötig, sowohl qualitativ verbessern, aber auch verständlicher und übersichtlicher.

Schulpolitik:
- An der Grundschule die **drei offiziellen Sprachen** unterrichten, ohne dass Mängel in einer dieser Sprachen automatisch zu einem Schulversagen führe. Classes d'accueil" anbieten, damit die sprachliche Integration bestmöglich gefördert wird. An der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Studienangebots in Haupt- und Nebensprachen einführen.
- Schüler mit Lernschwierigkeiten und -rückständen, als auch leistungsstärkere Schüler individuell fördern. „**École de la deuxième chance**" stärker fördern.
- Weiterbildung der **Lehrkräfte** in die Wege leiten, um auch unter schwierigen Bedingungen einen qualitativ hochwertigen und flexiblen Schulbetrieb zu ermöglichen.
- Im technischen und im klassischen Gymnasium das Tutorat ausbauen.
- In den Schulbetrieb integrierte Praktika fördern und ausbauen.

Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik:
- Mehr Wert auf eine duale Ausbildung legen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsausbildung ist die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schul- und Arbeitsmarktpolitik.
- Tutorat und den „Conseiller à l'apprentissage" aufwerten, damit Auszubildende effizienter begleitet werden können und die Zahl der Lehrabbrüche reduziert wird.
- Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit fördern und

neben der fachlichen Kompetenz vermitteln.
- Lebenslanges Recht auf Bildung festschreiben und hochwertige Weiterbildungsangebote anbieten.

Schulpolitik:
- Pilotprojekt in der Grundschule initiieren, das auf französische **Alphabetisierung** setzt und die deutsche Sprache als Fremd- bzw. Zweitsprache anbietet (diese Initiative sollte dann im Sekundarschulbereich fortgesetzt werden).
- Schülerorientierte Betreuung auf der Unterstufe in Form von Tutorien, die dazu beitragen, für jeden einzelnen Schüler ein spezifisches Ausbildungsprojekt auszuarbeiten, das ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht.
- Festigung und Ausbau von Schuleinrichtungen, die den zweiten Bildungsweg im Sinne einer „**Ecole de la 2e chance**“ begünstigen.

Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik:
- In der Life-Long-Learning-Strategie auf Innovation und Qualität setzen.
- Nationale Akkreditierungsagentur für Fortbildungslehrgänge und Ausbilder schaffen.
- Fortbildungsangebot für Menschen mit geringem Bildungsniveau entwickeln.
- Validierung und Zertifizierung von Berufs- und Lebenserfahrungen, die auf informellem bzw. non-formalem Weg (z.B. auch im Rahmen von Beschäftigungs- und Fortbildungsmaßnahmen) erlangt wurden, konsequent zu unterstützen.
- Bedingungen schaffen, damit die gesetzlichen Bestimmungen über den individuellen Bildungsurlaub bestmöglich greifen und verstärkt genutzt werden können (Einführung von Fortbildungsschecks, die vom Staat, den Betrieben und Betroffenen kofinanziert werden).

Schulpolitik:
- Vorliegende **Reform** des Sekundarunterrichts in die Praxis umsetzen. Grund- und Sekundarschule müssen eine Schule aus einem Guss werden.
- Schulangebot an die Wirklichkeit anpassen. Deshalb die Möglichkeit einer **Alphabetisierung** auf Französisch oder einer zweisprachigen Alphabetisierung schaffen. Englische Sprache erhält eine größere Programmgewichtung innerhalb der Mehrsprachigkeit.
- Schüler mit erhöhtem **Schulabbruchrisiko** sollen frühzeitig ermittelt und Förderangebote bereitgestellt werden.
- **Orientierung** der Schüler wird durch eine bessere Profilerstellung zielführender gestaltet, Mädchen und Jungen weiter gezielt für geschlechteruntypische Berufe sensibilisieren.
- **Lehrerausbildung** einem Monitoring unterziehen und überarbeiten. Praxis und Theorie müssen stärker verknüpft werden.

Ausbildungs- und berufliche Fortbildungspolitik:
- Berufsausbildung weiter fördern**.** Weiterbildung ausbauen.
- Formalen Ausbildungsanteil sämtlicher **Beschäftigungsmaßnahmen** substanziell erhöhen. Kredite zur Verfügung stellen, damit der Staat seiner Rolle als Ausbildungsbetrieb (duales System) gerecht werden kann.

8. SOZIALES

8.1. Gesundheitspolitik

UEL-Vorschlag:
Grössere Kosten/Nutzen-Effizienz im Gesundheitswesen und insbesondere im Krankenhaussektor. Synergieeffekte im Krankenhaussektor in der Grossregion ausloten. Nomenklatur überprüfen und überschaffen um die Kosten der medizinischen Behandlungen transparenter zu gestalten. Gegen missbräuchliche Fehlzeiten vorgehen Bilanz des eingeführten „statut unique“ ziehen. Sicherheits- und Gesundheitskultur in den Betrieben stärken.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- **Missbräuche** eindämmen: Versicherungskarten mit Foto und Unterschrift einführen.
- Keine Ausweitung des „**tiers payant**“-Prinzips.
- Konzept des **Referenzarztes** bilanzieren, auf seinen Nutzen hin überprüfen und gegebenenfalls anpassen.
- Spezialisierung der Krankenhäuser vorantreiben: klare Missionen und Aufgaben Synergien zwischen Krankenhäusern herstellen.
- **Nomenklatur** der medizinischen und zahnmedizinischen Akte sowie die Nomenklaturen der technisch-medizinischen Berufe in Anbetracht der Entwicklung der Medizin anpassen
- Kostenexplosion bei Pflegeversicherung verhindern.
- **Krankheitsbedingten Fehlzeiten** vorbeugen: Mit den bestehenden staatlichen Behörden und den Arbeitgebern für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sorgen bzw. für einen weiteren Rückgang der Arbeitsunfälle kämpfen, gegen psychischen Erkrankungen durch Druck und Stress vorbeugen. Auf der anderen Seite, soll das Krankfeiern nach Möglichkeit eingedämmt werden. Deshalb vor allem die medizinischen Kontrollen verstärken.

- Finanzierung des **Gesundheitssystems** sichern: Durch sinnvolle Sparmaßnahmen lässt sich die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem kontrollieren. Falls eine Verbesserung oder gar der Erhalt der medizinischen Versorgung nur über Beitragserhöhungen möglich sein wird, muss diese jedoch mit dem notwendigen Zahlenmaterial transparent und objektiv belegt werden.
- **Tarifstruktur** der Gesundheitskasse überarbeiten sowie einheitliche Tarifmodelle einführen.
- Qualität in Krankenhäusern fördern: eine transparente und kohärente Tarifstruktur schaffen; „Plan hospitalier“ überarbeiten mit der klaren Zielsetzung weiterer Synergien auch im Rahmen der Großregion. Die Zusammenarbeit der Krankenhäuser, Kompetenzzentren sowie Präventionsforschung und klinische Umweltmedizin fördern
- Zusammenarbeit zwischen nationalem Gesundheitslabor, nationalen Forschungszentren und ausländischen Unikliniken verstärken.
- Generelle **Qualitätskontrolle** der Krankenhausleistungen einführen und die Angebote der verschiedenen Häuser besser koordinieren. Alle Krankenhäuser und Labore sollen Rechenschaft ablegen über die von ihnen erbrachten medizinischen Leistungen.
- Medikamentenbeschaffung, den Einkauf und die Informatik der Spitäler zentralisieren.
- Neue und einheitliche **Nomenklatur** ausarbeiten, welche die Kosten der medizinischen Behandlungen transparenter gestaltet und miteinander vergleichbar macht.
- Rolle des **Referenzarztes** stärken.
- Gesundheitskasse bei der Ausarbeitung allgemeiner Präventionsstrategien programmatisch und finanziell einbinden; Wohlbefinden am Arbeitsplatz fördern.

- Eingeleiteter Reformprozess fortsetzten und das Gesundheitssystem dort stärken, wo Verbesserungen in Bezug auf **Transparenz und Qualität** der Leistungen notwendig sind.
- Verstärkte Zusammenarbeit moderner Spitäler fördern.
- Pflegeversicherung reformieren und ihre Finanzierung absichern.
- **Nomenklatur** überprüfen und sicherzustellen, dass alle medizinischen Leistungen zu Festpreisen angeboten werden.
- Auf Betriebsebene eine echte Sicherheits- und Gesundheitskultur entwickelten, die in der Hauptsache auf Unfallvermeidung und Prävention von Berufserkrankungen setzt.

- Anderes krankheitsbezogenes **Finanzierungsmodus** der Krankenhäuser vorschlagen: Neue Wege vorschlagen, um die notwendigen Leistungen der Pflegeversicherung finanziell abzusichern und gegebenenfalls anzupassen; Bessere Leistungs- und Qualitätskontrolle bei der stationären und häuslichen Pflege.
- Über eine Neugestaltung der **Tarife** diskutieren.
- Sozialpartner dazu einladen, die **Nomenklatur** neu zu gestalten. Sie soll die Akten aller Gesundheitsberufe umfassen.
- “Gouvenance nationale de santé” schaffen mit Vertretern der Sozialpartner, Krankenkassen, Patienten und Gesundheitsberufe.
- “Observatoire de la Santé” schaffen.
- Gesetz über Patientenrechte überarbeiten.
- **Referenzarzt**-System einer Bilanzierung unterziehen.

8.2. Renten

UEL-Vorschlag:
Keine Beitragserhöhungen für Betriebe zulassen. Systematische Anpassung der Renten an die allgemeine Entwicklung der Löhne abschaffen. Erhöhung der Altersgrenze für den Vorruhestand. Eigenvorsorgeinstrumente (2. und 3. Säule) fördern.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- **Rentenalter** von 65 Jahren nicht erhöhen, Lebensarbeitszeit erhöhen. Verbesserung der Lebensarbeitszeit zusammen mit den Sozialpartnern erörtern bzw. bestehende Instrumente auf ihre Effizienz hin bilanzieren (Bestehenden Vorruhestandsregelungen, Arbeitszeitkonten, flexible Altersteilzeitregelungen, Invaliditätsregelungen).
- **Rentensplittingproblematik** anpacken.
- Rentensystem individualisieren.
- „**Mammerent**“ sozial staffeln.
- Eigenvorsorgeinstrumente steuerlich neu ausrichten, damit die Menschen, die mehr Rente haben wollen als sich mittels attraktiver Instrumente zusätzlich selbst versorgen können.

- Rentenreserven auf hohem Niveau halten sowie effizient, sozial und ökologisch verantwortlich verwalten.
- Prinzip von 40 **Beitragsjahren** grundsätzlich beibehalten.
- Finanzierung des öffentlichen Rentensystems absichern, z.B. indem Beiträge zur Finanzierung der Renten auch auf anderen Einkommen erhoben warden.
- Eigenständigen Rentenanspruch für alle Frauen und Männer einführen (z.Bsp. auch bei einer beruflichen Auszeit ein obligatorischer Mindestbeitrag zahlen).
- **Individualisierung** des Rentensystems.
- **Flexible Modelle** für den sanften Einstieg in die Rente schaffen.
- Zweite **private Säule** steuerlich fördern.
- Invalidenrenten reformieren, damit die legale Basis verbessert wird und die Zuerkennung sowie die Modalitäten zur Reklassierung gerechter werden.

- Eingeleitete Reform schrittweise umsetzen: Debatte über ein **zusätzliches finanzielles Standbein** anstoßen.
- Reform des Gesetzes über betriebliche **Zusatzversicherungen** einleiten und auch ein Angebot von freiwilligen nicht-betrieblichen Zusatzversicherungen vorsehen, die keinem Gewinnzweck folgen.
- **Begleitmaßnahmen** für ältere Arbeitnehmer vorsehen (Teilzeitarbeit und –rente).
- Für die Wiedereinführung von Rentenversicherungsbeiträgen bei Ferienarbeit und bezahlten Lehrgängen oder Schulungen sorgen.

- Bei der Pensionskasse **keine Beitragserhöhungen** zulassen.
- **Rezente Reform** der Pensionskasse war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen.

9. Vereinbarung von Beruf und Familie

UEL-Vorschlag:
Rahmenbedingungen verbessern: Mehr Betreuungsplätze für Kinder anbieten und deren Öffnungszeiten den Arbeitszeiten anpassen. Angebote von Kinderbetreuung verbessern und diversifizierter gestalten. Arbeitszeit flexibler gestalten.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- Integriertes System der Kinderförderung: Bereich der **Kinderbetreuung** soll vom Familien- ins Bildungsministerium transferiert werden.
- Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung fördern und überprüfen.

- **Kinderbetreuung**: Qualitativ hochwertige und kostenlose Kinderbetreuung für alle Kinder anbieten (Betreuung über Steuergelder finanzieren); Innovative Betreuungsmodelle einführen. Recht auf einen Krippenplatz für alle Kinder einführen.
- Aktuelle Bestimmungen zum Elternurlaub beibehalten, jedoch flexible gestalten und vereinfachen.
- Unternehmen ermutigen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, beispielsweise durch konkrete Massnahmen wie gleitende Arbeitszeit, betriebseigene Kinderkrippen.

- Genügend **Betreuungsplätze** für Kinder zur Verfügung stellen, die es erlauben, Familie und Beruf so in Einklang zu bringen, dass unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklicht und finanziell abgesichert werden können.
- **Arbeitszeiten** und –bedingungen im Sinne einer konsequenten und gut durchdachten Familienpolitik anpassen (Teilzeitarbeit fordern und bei Bedarf die Rückkehr in eine Vollzeitarbeit ermöglichen).
- **Vaterschaftsurlaub** bei der Geburt und Adoption verlängern bzw. an geltende Bestimmungen im öffentlichen Dienst anpassen.
- **Elternurlaub** flexibler gestalten, um es Eltern zu erlauben, das Berufs- und Privatleben besser in Einklang zu bringen.
- Regelung für familienbedingten **Sonderurlaub** zwischen öffentlichem Dienst und Privatsektor harmonisieren und im Sinne der Familien unter Berücksichtigung des Gleichheitsprinzips verbessern.

- **Betreuungsstrukturen** ausbauen.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine flexible arbeitnehmer- und familienfreundliche **Arbeitszeitorganisation** verbessern.
- Verhandlungen mit den Sozialpartnern führen über die Einführung des **Großelternurlaubs** für Berufstätige vereinbaren.

10. CHANCENGLEICHHEIT

UEL-Vorschlag:
Berufsorientierung unabhängig von Alter, ethnischer Zugerhörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Behinderung gestalten. Entlohnung und Beförderung der Arbeitnehmer laut objektiven Kriterien welche auf einer systematischen Analyse der verschiedenen Posten im Betrieb und der entsprechenden Kompetenzen beruhen.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

- **Chancengleichheit am Arbeitsmarkt** erreichen. Insbesondere Jugendliche, weniger gut ausgebildete Personen, ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose sowie Personen mit Behinderung wieder vermehrt in Arbeit bringen. Effizientere Arbeitsmarktpolitik ist notwendig. Eine Arbeitsmarktpolitik, bei der der Solidaritätsgedanke weiterhin großgeschrieben wird, die aber gleichzeitig auch eigene Leistung und Verantwortung fördert und fordert.
- Kinder bzw. die Startchancen in ein erfolgreiches Leben anstelle eines bestimmten Familienbildes zu fördern, Kinderarmut bedarfsabhängig zu bekämpfen und die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu gewährleisten. Deshalb weiteren Ausbau der Kinderbetreuung sowie dem Ausbau der Qualität, um die Bildungschancen der Kinder erheblich zu verbessern. Die Betreuung von Kleinkindern zwischen 0 und 3 Jahren gratis anbieten, wobei dieses Ziel zurzeit aufgrund der finanzpolitischen Zwänge nicht kurzfristig verwirklicht werden kann.

Gleiche Rechte und Anerkennung schaffen:
- Frauen in **Führungspositionen** unterstützen.
- Europäischen Vorschlag zu einer Quotenregelung in privatwirtschaftlichen Leitungsgremien umsetzen.
- Männer in ihrer Elternrolle unterstützen.
- **Lohngleichheit** von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit um Sanktionen erweitern.
- Gesetzprojet über Lebensarbeitszeitkonten vorantreiben.
- **Elternurlaub** flexibilisieren.
- **Vaterschaftsurlaub** ausdehnen und den Elternurlaub für Väter flexibilisieren.
- Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und kostenlose Kinderbetreuung vom Kleinkind bis zur Sekundarschule einführen.
- Im Rahmen der Schul- und Berufsausbildung, die **Orientierung** nach Geschlechtern überwinden und die geschlechtsuntypische Berufswahl fördern.
- Beratungs-, Informations- und Weiterbildungsangebote spezifischer den Lebenssituationen von Frauen und Männern anpassen.

- Anhand von sogenannten **positiven Maßnahmen** mehr Menschen mit Behinderungen zu einer Lohnarbeit verhelfen und geltende Arbeitsrechtsbestimmungen einhalten.
- Jede Form von Diskriminierung konsequent bekämpfen und dem **Gleichheitsprinzip** in der politischen Praxis zu seinem verfassungsmäßigen Recht verhelfen; Verstärkt auf „Gender Mainstreaming“ zurückgreifen.
- **Entgeltgleichheitsgesetz** verabschieden, das die Betriebe dazu verpflichtet, gleiche Löhne bei gleicher Qualifikation für Frauen und Männer zu zahlen: Gesetz wird neben Aktionsplänen in den Betrieben auch einen Sanktionsmechanismus bei Verstößen vorsehen.
- Mit entsprechenden Maßnahmen, den sogenannten „actions positives“ dazu beitragen, dass Frauen und Männer ohne Diskriminierung Zugang zu den gleichen Berufen haben und Arbeitgeber verstärkt auf die gleichmäßige Vergabe von Arbeitsplätzen an Frauen und

Männer achten.
- **Unternehmertum** bei Frauen fördern.
- Sich dafür einsetzen, dass auch Männer verstärkt Erziehungs- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen können: Dafür eintreten, dass Männer in einem erhöhten Maße auf Elternurlaub zurückgreifen; **Frauenerwerbsquote** im Sinne der EU-Wachstumsstrategie 2020 deutlich erhöhen.

- Geschlechteruntypische **Ausbildungen**, Berufe und Karrieren für Frauen und Männer gezielt fördern. Etwa im Rahmen des „Girl's and Boy's Day".
- Zugang von Frauen zu **Leitungspositionen** in Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Industrie sowie im Bereich Technologie, Medien, Kultur und Gesellschaft durch ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen anstreben und fördern.
- **Lohnunterschiede** zwischen Mann und Frau einebnen.

11. Corporate Social Responsability

UEL-Vorschlag:
Aufklärung der Betriebe über die Vorteile von Corporate social responsibility (CSR) unterstützen. KMU auf dem Weg zur CSR begleiten. Betriebe dazu fördern, sich „ESR-Entreprise socialement responsable“ zu labellisieren. CSR auf nationaler Ebene vorantreiben.

Was sagen dazu die Wahlprogramme?

/

- Bei öffentlichen Ausschreibungen **sozialen und ökologischen Kriterien** eine wesentlich höhere Bedeutung beimessen, sowie auf die Umsetzung des Kriteriums des wirtschaftlich und nachhaltig vorteilhaftesten Angebots bestehen;
- Idee der „**Corporate Social Responsability**“ weiter entwickeln und für mittlere und größere Unternehmen verpflichtende Sozialbilanzen einführen. Diese geben Auskunft darüber, inwiefern Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung inner- und außerbetrieblich (Kunden und Zulieferer) nachkommen.
- **Label** „entreprise socialement responsable“ fördern.

/

/

L'UEL EN BREF

PRÉSENTATION

L'Union des Entreprises Luxembourgeoises, en abrégé UEL, est l'organisation faîtière du patronat luxembourgeois. Créée le 29 juin 2000, elle succède à l'informel Comité de liaison patronal et regroupe les organisations patronales représentatives des secteurs de l'industrie, des services dont l'intermédiation financière et le commerce, de l'artisanat et horeca.

L'UEL représente l'intégralité des entreprises du secteur privé à l'exception de celles relevant du secteur primaire. Actuellement, l'UEL représente quelque 24.000 entreprises de toutes tailles et de tous secteurs (artisanat, commerce, industrie, services) qui occupent quelque 80 pour cent de l'emploi intérieur total de l'économie luxembourgeoise. La contribution au PIB des secteurs économiques regroupés au sein de l'UEL est de l'ordre de 85 pour cent de cet agrégat.

MISSION

L'UEL s'est donné pour mission de promouvoir la compétitivité de l'économie nationale, élément clé d'une croissance économique durable, créatrice d'emploi et de richesse, et garant de la pérennisation des systèmes de sécurité sociale et du maintien de la cohésion sociale. Ses propositions et initiatives concrètes visent à augmenter l'attractivité du Luxembourg comme terre d'accueil de nouvelles activités économiques tout en encourageant la mise en place d'un environnement législatif et réglementaire favorable aux entreprises existantes. Elle élabore, de concert avec ses membres, les positions des entreprises sur des sujets interprofessionnels, les défend auprès des pouvoirs publics et des syndicats et les présente aux médias.

L'UEL s'engage activement dans le débat sociopolitique, dans le respect du développement durable et de la responsabilité des entreprises.

VISION

L'UEL entend œuvrer pour faire du Luxembourg un pays qui demeure capable de se transformer et de s'adapter aux nouvelles donnes de son environnement économique, social et politique, mais aussi le pays où

- la qualité de la vie des concitoyens égale au moins son niveau actuel,
- chacun a reçu une formation de qualité lui permettant de trouver un emploi enrichissant et bien rémunéré,
- citoyens et résidents étrangers vivent en harmonie et participent aux processus de décision,
- les entreprises sont dynamiques et en croissance, innovantes et à la conquête de nouveaux marchés,
- l'économie est dans plusieurs secteurs et industries à l'avant-poste de ce qui se fait de mieux dans le monde,
- le tissu de PME/PMI actives dans le commerce, l'artisanat, les services et les activités manufacturières est dense et diversifié,
- la société contribue à faire face aux défis qui se posent au monde, dont ceux de la pauvreté, du développement ou encore de l'environnement.

VALEURS

Les initiatives développées par l'UEL sont fondées sur les valeurs de l'économie sociale du marché, du développement durable, de l'éthique d'entreprise, de la bonne gouvernance, de la concertation et de l'autorégulation.

MEMBRES DE L'UEL

Association des Banques et Banquiers, Luxembourg
Association des Compagnies d'Assurances
Confédération Luxembourgeoise du Commerce
Fédération des Artisans
Fedil – Business Federation Luxembourg
Fédération Nationale des Hôteliers, Restaurateurs et Cafetiers
Chambre de Commerce du Grand-Duché de Luxembourg
Chambre des Métiers du Grand-Duché de Luxembourg

CONTACT

UEL - Union des Entreprises Luxembourgeoises
INDR - Institut national pour le développement durable et la responsabilité sociale des entreprises

Siège social et bureaux
7, rue Alcide de Gasperi
L-1615 Luxembourg-Kirchberg

Adresse postale
Boîte postale 3024
L-1030 Luxembourg

Tél. + 352 26 009 – 1
E-mail : uel@uel.lu
Internet : www.uel.lu

INDR :
Tél. : + 352 27 330 885
E-mail : indr@indr.lu
Internet : www.indr.lu